

STAATS- UND GEMEINDESTEUERN Im Kanton Zürich sind Steuern das beste Investment

Michael Rasch · «In Deutschland muss man in Steuern investieren – die steigen immer», ist nicht nur auf Cocktails-Partys ein beliebter Kalauer. Was im Nachbarland jedoch meist mit bitter-ironischem Unterton zum Besten gegeben wird, erscheint hierzulande als variable Anlage-Idee. Zwar kennen Schweizer im Gegensatz zu Deutschen tatsächlich auch sinkende Steuern, doch lohnend in Steuern «investieren» kann man – zumindest im Kanton Zürich – durch eine schnelle Zahlung der Staats- und Gemeindesteuern für das Jahr 2012. Der Stichtag für die Überweisung des fälligen Betrages ist der 30. September. – Wer vor diesem Tag bereits sein Scherflein fürs Gemeinwohl überweist, bekommt

dieses ab dem Datum des Zahlungseingangs mit 1,5% verzinst; 2011 waren es sogar noch 2%. Das ist weit mehr, als man am staatlichen Schweizer Kapitalmarkt derzeit erzielt. Dort liegt die Rendite für zweijährige Staatsanleihen bei -0,05%. Anleger müssen der Eidgenossenschaft also noch Geld dafür geben, dass sie es für zwei Jahre sicher aufbewahrt. Bei einer noch kürzeren Laufzeit, die es gegenwärtig nicht gibt, würde der negative Zinssatz noch höher liegen. Berücksichtigt man ferner, dass der Zinssatz zudem deutlich über dem üblichen Niveau für Sparguthaben mit ähnlicher Laufzeit bei Banken liegt, erscheint er als stattlich. – Die Höhe des Zinssatzes wird jeweils von der Finanzdirektion

beantragt und dann vom Regierungsrat festgelegt. Dabei wird mit der grosszügigen Verzinsung einerseits ein bewusst bürgerfreundlicher Weg beschritten, andererseits hilft der Verwaltung ein zeitiger Zahlungseingang bei der Liquiditätsplanung. Kosten, wie beispielsweise die Löhne der Angestellten, fallen schliesslich fortlaufend an. Doch falls nun ein paar bauernschlaue Zeitgenossen aufgrund der attraktiven Rendite sehr viel mehr Steuern überweisen, als sie zahlen müssten, wird ihnen der überschüssige Betrag umgehend retourniert. Und wer die fälligen Steuern erst nach dem 30. September überweist, wird umgekehrt mit Strafzinsen belegt – diese liegen ebenfalls bei 1,5%.